

Armut in Deutschland?

|| Anmerkungen zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Das Fragezeichen in der Überschrift mag irritieren. Geht man doch schon seit langem davon aus, daß es Arme auch in Deutschland gibt. Die Bettler auf den Straßen beweisen es täglich. Und doch steht das Fragezeichen zu Recht. Ihre all-täglich-selbstverständliche Wahrnehmung täuscht darüber hinweg, daß Armut schwer zu beobachten ist. Um sie genau zu beschreiben, bedarf es besonderer Anstrengungen. Armut versteckt sich. Überall aber, wo Armut bekämpft werden soll, muß sie zuerst verstanden werden, um das Notwendige wirkungsvoll tun zu können.

Der Anlaß, dieses erneut zu versuchen, ist der im Sommer 2008 erschienene 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung¹. Die Bundesregierung setzt damit erneut einen Bundestagsbeschluß vom 29. Januar 2000 (BT-Drs. 14/2562) und vom 19. Oktober 2001 (Plenarprotokoll 14/196) um: nämlich regelmäßig in der Mitte einer Legislaturperiode einen solchen Bericht vorzulegen. Seine Aussagen beziehen sich überwiegend auf das Jahr 2006 und berücksichtigen weder den wirtschaftlichen Aufschwung der Jahre 2007/08 noch die aktuellen wirtschaftlichen Probleme. Auch vermittelt er den Eindruck eines regierungsamtlichen Erfolgsberichts, da er jeder Problembeschreibung entsprechende politische Gegenmaßnahmen gegenüberstellt. So titelte die Frankfurter Rundschau am 26. Juni 2008: „Jeder achte ist arm – und die Regierung zufrieden“. Der Bericht konzentriert sich vor allem auf die Einkommensarmut.

Schwierigkeiten der Armutsmessung

Arm ist danach, wer monatlich über 60 oder weniger Prozent des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens pro Kopf verfügt. Dieses europaweite Maß gewichtet nach einer OECD-Skala den Bedarf der Personen, die einem Haushalt angehören (ein Erwachsener Faktor 1, weitere Erwachsene über 14 Jahre Faktor 0,5 und Kinder unter 14 Jahren Faktor 0,3) und dividiert das Haushaltseinkommen durch die Summe der Faktoren².

Im Jahr 2006 erreichten oder unterschritten 13 Prozent der Bevölkerung diese Armutsgrenze (XI). Andere Grenzen (etwa 50 %, 40 % oder 70 %) verringern bzw.

erhöhen den Anteil der Armen. Durch diese normative Setzung der Armutsgrenze kann eine eventuell auf Interessen ausgerichtete Armutsgröße erzeugt werden. Der Umfang der Armut ist auch vom Meßverfahren (Stichprobe, Plausibilität der Fragestellung, Genauigkeit des Einkommensbegriffs u. a.) abhängig (X ff.). Die Berechnung der Armutsquote durch Mittelwert oder Median als Abweichungen vom Durchschnittseinkommen wird Armut solange nicht zum Verschwinden bringen, wie es Einkommensunterschiede gibt³. Und so stellt bereits der zweite Bericht fest, daß die Bestimmung des Umfangs der Armut objektiv nicht möglich, sondern immer „mit Werturteilen verbunden“ ist⁴. Doch sind statistische Armutsstudien deshalb nicht sinnlos, denn das Interesse richtet sich nicht allein auf die absolute Höhe der Armutsrisikoquote, sondern auf „Trends im Zeitverlauf“ und auf „Unterschiede zwischen sozio-ökonomischen Gruppen“, die sich mit den bisher verwendeten Meßmethoden feststellen lassen (XI).

Lebenslagen – Teilhabe- und Verwirklichungschancen

Einkommensgrenzen allein können Armut nicht vollständig beschreiben. Deshalb verwendet bereits der zweite Armutsbericht zusätzlich zwei mit den Begriffen „Lebenslagen“ und „Teilhabe- und Verwirklichungschancen“ bezeichnete Forschungsansätze⁵. Unter Lebenslagen wird „die Gesamtheit der sozialen Zusammenhänge“ verstanden, „in denen Personen ihre materiellen und immateriellen Potentiale nutzen“⁶. Armut wirkt sich auf die verschiedenen Lebenslagen aus. Sie kann Mangel an Bildung, Krankheit, Wohnungsnot sein, sich als sozialer Rückzug und auf andere Weise zeigen. Armut vermindert auch Verwirklichungs- und Teilhabechancen⁷. Damit sind die Fähigkeiten und realen Möglichkeiten von Menschen gemeint, ein Leben führen zu können, für das sie sich aus guten Gründen entscheiden konnten und das die Selbstachtung nicht in Frage stellt.

Armut wird als abhängig von verfügbaren Ressourcen (Arbeitsplatz) und persönlichen Kompetenzen (Fähigkeiten) verstanden. Ihr Auftreten ist zusätzlich auch davon beeinflusst, wie Menschen ihre Ressourcen und Fähigkeiten für eine selbständige und gewünschte Lebensführung nutzen. Zuständigkeit und Verantwortung der Betroffenen selbst werden betont und Armutsvermeidung hängt auch von ihrer Mitwirkung ab. Die Betonung des Selbstbemühens steht einer, wie Paul Nolte schreibt, verbreiteten „Transfermentalität, die auch bei gesichertem ... Einkommen eine Subventionierung des eigenen Lebens durch den Staat“ bei optimaler persönlicher Freiheit erwartet, entgegen. Nach der Studie „Perspektive Deutschland“ ist eine Mehrheit der Meinung, die Absicherung der Lebensrisiken vom Staat erwarten zu können⁸.

Absolute und relative Armut

Der dritte Armutsbericht zieht die Armutsrisikogrenze bei 60 Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens und stellt fest, daß 2006 13 Prozent der Bevölkerung höchstens ein monatliches Pro-Kopf-Einkommen von 781 Euro zur Verfügung stand. Dabei handelt es sich um die relative Armut, die sich grundsätzlich von der absoluten Armut unterscheidet. Absolut Armen fehlt das Lebensnotwendige (Nahrung, Obdach). Die relative Armut zeigt eine Minderbeteiligung am Gesamteinkommen. Absolute Armut gibt es in Deutschland kaum, denn jeder ist durch die Sozialhilfe in seiner bloßen Existenz gesichert. Die Sozialhilfe beansprucht aber noch mehr. Sie will „eine der Würde des Menschen entsprechende Teilhabe am gesellschaftlich üblichen Leben“ ermöglichen (21).

Absolute Armut heißt konkret, daß 2002 etwa 30 Prozent der Bevölkerung in Entwicklungsländern täglich weniger als eine Kaufkraft von nur 1,08 Dollar (ca. 0,88 Euro) und etwa 70 Prozent täglich eine Kaufkraft von 2,15 Dollar (ca. 1,69 Euro) zur Verfügung hatten⁹. In den Zonen der absoluten Armut kommen andere Benachteiligungen – von der hohen Kindersterblichkeit und HIV-Infektionen bis zur Unterernährung und dem Fehlen von sauberem Wasser – hinzu. Schließlich gibt es auch dort soziale Ungleichheit, also relative Armut. Sie entsteht dort wie hier durch eine ungleiche Einkommensverteilung und ist eine unterdurchschnittliche Teilhabe am Gesamteinkommen eines Landes.

Manchmal wird auch die Meinung geäußert, daß es in Deutschland keine Armut gibt, weil die Grundsicherung der Sozialhilfe oder das Arbeitslosengeld II sie verhindern. Ein Beispiel: Für ein Ehepaar mit zwei Kindern unter 14 Jahren, das monatlich 1643 Euro Grundsicherung (Stand Januar 2008) erhält, errechnet sich ein Pro-Kopf-Äquivalenzeinkommen von 782 Euro, das die Armutsgrenze von 781 Euro um einen Euro übersteigt. Es bleibt dem Leser überlassen, dieses als Beseitigung absoluter Armut oder als Finanzierung relativer Armut zu bewerten.

Der Anteil derjenigen, die 60 Prozent des mittleren Äquivalenzeinkommens haben, hat – bezogen auf Westdeutschland – von 10,7 Prozent (1982) auf 13,9 Prozent (2006) zugenommen¹⁰. Um aber ein realistischeres Bild der Armut zu erhalten, sind die Geringverdiener bis 75 Prozent des Äquivalenzeinkommens hinzuzurechnen, so daß 2006 ungefähr ein Drittel der Bevölkerung (36,4 %) relativ arm waren.

Um das Relative der Armut zu unterstreichen, stellt der Bericht der Armut den relativen Reichtum gegenüber. Die dafür entsprechend erforderliche Reichtumsgrenze ist bei 200 Prozent des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens gesetzt und entspricht einem Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 3416 Euro, welches 8,8 Prozent der Bevölkerung (ca. 6,8 Millionen) erreichen (33). Unter Reichtum kann vieles verstanden werden¹¹. Eine Mehrheit versteht unter Reichtum Gesundheit und Bildung, ein Leben ohne finanzielle Sorgen, unabhängig sein von staatlicher Absicherung und daß man sich jederzeit etwas leisten kann (26). Reich wird

man eher durch gute Ausgangsbedingungen und mit entsprechenden Beziehungen als durch Fähigkeiten und harte Arbeit (29). Auf 50 Prozent der Haushalte entfällt in Deutschland etwas weniger als vier Prozent des Nettovermögens (ohne Betriebsvermögen), während zehn Prozent über etwa 47 Prozent verfügen¹². Der Kern des Vermögens besteht aus Immobilien. Im oberen Zehntel der Einkommensbezieher besitzt fast jeder Grund und Boden, hingegen sind es im untersten Zehntel nur sechs Prozent. Nur drei bis vier Prozent des Bruttovermögens halten Privathaushalte in Aktien¹³.

Ein Armutsbericht kann Verläufe (der Armut) und den Grad der Nutzung von Potentialen nicht beschreiben. Er zeigt eine Momentaufnahme. Tatsächlich sind die 13 Prozent Armen der Statistik im Zeitverlauf nicht immer die gleichen Personen. „Armut ist heute“, wie Rainer Geißler schreibt, „Armut auf Zeit und nur noch manchmal Armut auf Dauer“¹⁴. Es wird angenommen, daß etwa fünf Prozent der Armutsquote längerfristig oder dauerhaft arm sind. Für alle anderen ist Armut eine „Lebenspassage“¹⁵. Die Fluktuation in der Armutspopulation vollzieht sich überwiegend in dem bereits erwähnten Bevölkerungsdrittel, das in der Armutszone lebt. Eine zeitweilige Armut gehört also zu relativ vielen Biographien (zum Beispiel während der Ausbildung oder bei befristeter Arbeitslosigkeit)¹⁶. Ein Armutsbewußtsein entwickelt sich aus solchen Erfahrungen aber erst, wenn andere Probleme oder Krisen – wie zum Beispiel im Augenblick – hinzukommen und Zukunftsängste hervorrufen. Die Bezieher der geringsten Einkommen gehören am häufigsten zu den Dauerarmen¹⁷. Sie werden immer ärmer. Können einige Wochen noch überbrückt werden, so wird es danach von Tag zu Tag beschwerlicher und folgenreicher in Armut zu leben.

Armutslebenslagen in Deutschland

Die Armutsberichterstattung ordnet untersuchte Einzelfälle nach ihren sozioökonomischen Merkmalen. Das Ergebnis ist, daß Arbeitslose, Alleinstehende und Alleinerziehende, Personen ohne Schul- und Berufsabschluß sowie mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich oft zu den Armen zählen¹⁸. Personen mit Hauptschulabschluß und Paarhaushalte mit Kindern sind durchschnittlich von Armut betroffen. Haushalte ohne Kinder, Personen mit Fachhochschul- und Hochschulabschluß sowie Facharbeiter, qualifizierte und leitende Angestellte sind hingegen selten arm. Diese Verteilung orientiert sich am Einkommen. Erst ein Blick auf einzelne Lebenslagen zeigt aber das ganze Ausmaß der Armut.

Familie: Die Familie bietet noch immer ihren Mitgliedern Rückhalt und wechselseitige Unterstützung sowie Kindern gute Entwicklungschancen. „Mehr als drei Viertel aller Kinder wachsen nach wie vor in einer Familie mit verheirateten Eltern auf“ doch nimmt die „Zahl ... der Kinder bei Alleinerziehenden und bei Lebens-

gemeinschaften“ stetig zu (87). Ihr Anteil stieg von etwa 2,507 Millionen im Jahr 1996 auf 3,185 Millionen im Jahr 2006 (88). Das Armutsrisiko von Familien mit Kindern ist unter anderem von der Anzahl der Einkommensbezieher im Haushalt, vom Alter der Kinder und der Art ihrer Betreuung abhängig. Deshalb haben gerade Alleinerziehende ein hohes Armutsrisiko (92).

Armut in Familien kann zu Entwicklungsdefiziten bei Kindern und Jugendlichen, zu gesundheitlichen Problemen und zu sozialer Benachteiligung, etwa durch mangelnde Integration in der Schule und unter Gleichaltrigen, führen.

„Auch emotionale Instabilität und Verhaltensauffälligkeiten der Kinder sind nicht selten Begleiterscheinungen von Armut und sozialer Ausgrenzung. ... beeinträchtigt werden auch die kognitive und sprachliche Entwicklung sowie die schulischen Leistungen der Kinder“ (89).

Den unter den Armen häufiger anzutreffenden Eltern mit niedriger Qualifikation fällt es schwerer, ihre Kinder im Schulalltag zu unterstützen: „Die Verwirklichungschancen der Kinder aus bildungsfernen Familien sind ... oftmals schon in der Grundschule geringer“ (97).

„Verbrauchsanalysen belegen, daß Eltern mit niedrigem Einkommen zuerst an ihren eigenen Bedürfnissen sparen, bevor sie Einschnitte bei denen ihrer Kinder machen“ (98). So verzichten sie auf Urlaubsreisen und sparen an Kultur- und Bildungsangeboten. Eine materielle Unterversorgung der Kinder beim Grundbedarf erfolgt erst am Ende einer längeren Phase der Einkommensarmut. Häufig verfügen Armutsfamilien über ein geringeres Haushaltswissen, so daß ihnen ein ökonomischer Umgang mit ihren Ressourcen schwerfällt (99).

„Für Haushalte und Kinder mit Armutsrisiko läßt sich häufig auch eine geringere soziale Vernetzung feststellen. Mit dem sozioökonomischen Status einer Familie sinkt beispielsweise die Zahl der Freizeitaktivitäten des Kindes“ (99).

Gesundheit: Auch in einem „entwickelten Sozialstaat ... läßt sich ein Zusammenhang zwischen der sozialen und der gesundheitlichen Lage feststellen“ (115); sie beeinflussen sich wechselseitig. Personen mit 100 bis 150 Prozent des Äquivalenzeinkommens sagen zu 46 Prozent, daß sie sich bei guter Gesundheit befinden, hingegen sind in den niedrigen Einkommensgruppen (60 bis 80 %) nur 38,2 Prozent dieser Ansicht. Entsprechend schildern Personen in höheren Einkommenschichten zu sieben Prozent und in unteren zu 11,1 Prozent ihren Gesundheitszustand als beeinträchtigt.

Partizipation: Die Frage, ob sich soziale Ausgrenzung aufgrund von Armut „unter anderem auch darin manifestiert, daß diese Bevölkerungsgruppen geringer politisch und gesellschaftlich partizipieren als andere“ (126), muß bejaht werden:

„Das Ausmaß, in dem einzelne oder bestimmte Gruppen an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft partizipieren, kann als Gradmesser gesellschaftlicher Inklusion bzw. Aus-

grenzung angesehen werden. ... Eine Analyse aktueller Daten (kommt) zu dem Ergebnis, daß Personen aus einkommensschwachen Haushalten tendenziell in geringerem Maße politisch mitgestalten als Personen mit höherem Einkommen“ (128).

Ähnliches gilt – mit Ausnahme von Kino, Disco und Popkonzerten – für die Freizeitaktivitäten. Personen unter der Einkommensarmutsgrenze besuchen zu 8,7 und solche darüber zu 16,7 Prozent Kulturveranstaltungen. Sportlich aktiv sind von den Besserverdienenden 40,7 Prozent und von denen, die unter der Armutsgrenze leben, 29,1 Prozent¹⁹. Ein gutes Drittel der Bevölkerung ist bürgerschaftlich engagiert. Nach den Ergebnissen des Zweiten Freiwilligensurveys 2004 waren 25 Prozent der Bevölkerung mit unteren Einkommen zu 27 Prozent und 25 Prozent mit oberen Einkommen zu 37 Prozent freiwillig tätig.

Armut und Gesellschaft

Der Bundesregierung wird vorgehalten, daß sie in ihrem Bericht Armut als ein Problem gesellschaftlicher Randschichten mit großer Nähe zu den „sozial Verachteten“, die zu einer „eigenständigen Existenzsicherung nicht fähig“ sind, marginalisiere²⁰. Auch wenn in Deutschland absolute Armut kaum zu finden ist, sind doch längerfristige Auswirkungen der relativen Armut nicht nur nicht auszuschließen, sondern wahrscheinlich. Es gibt Anzeichen dafür, daß sich die Gesellschaftsstruktur wegen der sich ausweitenden Armutslagen in „aller Stille“ verändert. Die sich in der Lebensführung und bei den Teilnahmechancen zeigenden Unterschiede lösen, da sie offensichtlich und langdauernd sind, Veränderungsimpulse aus, von denen fast ein Drittel der Bevölkerung direkt betroffen ist und die von allen indirekt wahrgenommen werden. Gerade den Betroffenen scheint durch die Agenda 2010 bewußt geworden zu sein, daß auch sie, wenn sie arbeitslos werden, unabhängig von ihrer Qualifikation und ihrem vorherigen Einkommen, nach etwa einem Jahr zu Arbeitslosengeld II-Empfängern werden.

Relative Armut ist nicht allein mit geringem Einkommen und in einem Vergleich mit Reichtum zu erklären, weil dadurch andere Merkmale der Armut ausgeblendet werden. Doch stellt der Regierungsbericht gerade diesen Vergleich in den Vordergrund. Dadurch wird die Problemwahrnehmung eingeengt und vor dem aktuellen Krisenhintergrund kann der Eindruck entstehen, es handle sich um einen Konflikt zwischen benachteiligten Hartz IV-Empfängern und überbezahlten Managern. Diese Frontstellung löst zwar Empörung aus, verkennt jedoch die gesellschaftliche Entwicklung zu neuen Lebenslagen und Lebenskonzepten, die sich (notgedrungen) und aus dem Gefühl des gesellschaftlichen Ausgeschlossenenseins etablieren²¹.

Hier zeigt es sich, wie wenig die dokumentierte Armut darüber weiß, wie die Armen und Armutsbetroffenen mit ihren Problemen umgehen: wie sie denken und was sie fühlen, wie sie ihre Lage interpretieren, welche Folgerungen sie daraus ziehen

und was sie unternehmen, um sie zu bewältigen. Eines aber ist bekannt: daß die konkrete Armut weitreichende Ängste auslöst, selbst arm zu werden. 63 Prozent der Bevölkerung sind durch gesellschaftliche Veränderungen verängstigt²².

Besonders betroffen sind jene, die schon zeitweise oder auf Dauer in Sorge darüber sind, ob ihre Arbeit und damit ihr Einkommen wirklich weiter gesichert sind oder ob ihre Firma demnächst auch Personal einspart²³. Sie haben beobachtet, daß sich Unternehmen vom Personal trennen und anschließend der Aktienwert in die Höhe schnellte und daß Arbeitnehmer für Lohnerhöhungen streiken, während ihre Kollegen betriebliche Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen akzeptieren, um ihre Arbeitsplätze zu retten.

Welche Erfahrungen tragen zu solchen weitreichenden, aus einer Verunsicherung gespeisten Veränderungen bei? Einige kurze Hinweise können lediglich mögliche Antworten andeuten. Nach Tschernobyl und New York begannen die Menschen deutlicher zu spüren, wie risikobehaftet das Leben ist. Die aktuelle Wirtschaftskrise verstärkt dieses Bewußtsein. Die Auswirkungen dieser Wahrnehmung reichen bis ins Private. Die Folge kann unter anderem ein Risikovermeidungsverhalten sein²⁴, welches sich in einem verstärkten Sicherheitsstreben äußert. Eine unsichere Zukunft meidet langfristige Festlegungen. Erwachsen zu werden, das Studium abzuschließen, eine dauerhafte Partnerschaft einzugehen und Kinder zu haben werden aufgeschoben, weil damit weitreichende Festlegungen verbunden sind²⁵. Solche Risikovermeidung wirkt aber oft nur kurzfristig, um später andere Risiken zu verstärken. So kann der unschlüssige Einstieg in die Berufstätigkeit zu einer nicht mehr revidierbaren Armut im Alter führen. In Deutschland sind besonders durch die Wiedervereinigung und den Zustrom von Migranten soziale Unterschiede erkennbarer geworden, und gleichzeitig haben sich die lange gepflegten Erwartungen an staatliche Wohlfahrtsleistungen als begrenzt und nur mit einer hohen Steuer- und Abgabenlast realisierbar herausgestellt.

Prekäre Lebensverhältnisse

Die Probleme des gesellschaftlichen Wandels sind in den persönlichen Lebensentwürfen angekommen²⁶. Zukunftsangst und Armutsgefährdung greifen um sich und haben in dem Begriff der „prekären Lebenslage“ einen Ausdruck gefunden. Unmittelbare und mittelbare Erfahrungen mit Armut, niedrigem Einkommen, geringer Qualifikation, unsicheren Berufspositionen und gesellschaftlichem Ausschluß verändern das Selbstbild der Betroffenen. Der eigene gesellschaftliche Ort und die persönliche Entwicklung müssen neu bestimmt werden. So entstehen partiell von der Mehrheitskultur abweichende Lebensmuster, die sich nicht mehr oder nur teilweise der Gesellschaft zugehörig oder an den Rand gedrängt fühlen²⁷.

Diese Entwicklung kann dazu führen, daß das Empfinden, ausgeschlossen zu sein, sich auch bei jenen entwickelt, die sich noch nicht in einer prekären Lage befinden. Andererseits aber gibt es unter denen in wirklich prekären Verhältnissen solche, die sich mit dieser Situation arrangieren und sich auch „in schlechter Lage“ mit einem neuen Selbstverständnis gesellschaftlich integriert fühlen²⁸. Deutlich ist dabei, daß unter dem Druck dieser Verhältnisse, der „Zug zur Mitte“ sich in eine neue Polarisierung umkehrt²⁹. Armut ist nicht mehr ein Problem von Randgruppen, wie es der Armutsbericht nahelegt, sondern betrifft die ganze Gesellschaft.

Die, „die aus der ‚produktiven Sphäre‘ hinausgeschleudert werden und ‚hinsichtlich ihrer Einkommens-, Wohnungs- und Gesundheitssituation mit immer prekärer werdenden Situationen zu kämpfen‘ haben“, sind zu einem erheblichen Anteil zuvor integriert gewesen³⁰. Zukunftsängste und fehlende materielle Sicherheit entwickeln besonders bei Arbeitslosen, Niedriglohneempfängern, Teilzeitbeschäftigten und Leiharbeitern neue Lebensmuster, die auch in religiösen, politischen und moralischen Einstellungen Ausdruck finden³¹. Eine zunehmende Spreizung deutet sich empirisch in einem Rückgang der mittleren Einkommen von 53 (2002) auf unter 50 Prozent (2006) bei gleichzeitiger Zunahme oberer und unterer Einkommensgruppen an (18).

Diejenigen, die sich ohne Veränderungsperspektive in prekären Verhältnissen befinden, weil etwa ihre berufliche Qualifikation begrenzt ist, richten ihr Leben in anderer Weise als die wohlhabende Mehrheit ein. Diese Tendenz wird – unbeabsichtigt – durch die staatlichen Transferleistungen verstärkt, die zwar einen Absturz ins Elend verhindern, ohne aber das Prekäre zu beseitigen. Die unbegrenzte und zuverlässig gezahlte Grundsicherung hat zu einer „Kultur der Abhängigkeit“ beigetragen, die aus Menschen Klienten gemacht hat³².

Prekäre „Milieus“

Es stellt sich die Frage, ob diese Entwicklung zu einer Umstrukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse führt und im Schatten langfristiger prekärer Verhältnisse neue „Milieus“ entstehen. In diese Richtung weisende Lebensformen und -einstellungen hat Berthold Vogel typisiert³³. Ich ordne sie der zentralen Variable Beschäftigung als Zustandssegmente „Arbeitslosigkeit“, „prekärer Arbeitsmarkt“ und „normaler Arbeitsmarkt“ zu.

In der *Arbeitslosigkeit* sind die „Überzähligen“ zu finden: „Zu ihnen gehört die Mehrzahl der ... Empfänger von Leistungen der Grundsicherung, unter ihnen ... Arbeitslose und ... abhängig Beschäftigte.“³⁴ Geringe Bildungsabschlüsse verwehren ihnen den Zugang zu stabiler Beschäftigung und führen sie in eine „Zone der Verwundbarkeit“³⁵. Es fehlt ihnen an belastbaren Sozialbeziehungen. Aus der

Sicht der dominierenden Mittelschicht lassen ihre Leistung und Disziplin zu wünschen übrig. Es könnte sich dabei um eine neue Unterschicht handeln, zu der diejenigen gehören, die „mit den Beschleunigungen kapitalistischer Modernität nicht Schritt halten“ können und „sozialpolitisch behandlungsbedürftige Modernisierungsverlierer“ sind³⁶. Heinz Bude beschreibt sie als Menschen, „die sich daran gewöhnt haben, wenig zu besitzen, wenig zu tun und wenig zu erwarten“³⁷. Zu den Überzähligen gehören die „Nicht-Arbeiter“, die sich eine Disposition für reguläre Erwerbsarbeit entweder nie angeeignet oder sie nach langer Arbeitssuche verloren haben³⁸. Durch die Abhängigkeit von Unterstützung haben sie verlernt, für sich selbst zu sorgen³⁹.

Ebenso gehören die „Arbeitsmarktdrifter“ zu den Überzähligen: Ihnen fällt es schwer, in die Erwerbsarbeit zu finden, die zu einer sozialen und beruflichen Stabilität führt. Sie haben ihre berufliche Stellung verloren und damit ihre materielle Sicherheit und ihr Selbstwertgefühl eingebüßt. Sie scheitern mit ihren Vorstellungen und können den eigenen Maßstäben nicht gerecht werden. Teile der Öffentlichkeit vermuten bei ihnen eine Mentalität passiver Wohlfahrtsabhängigkeit und die Verweigerung von Aufstiegschancen⁴⁰. Sie bedürfen beschäftigungspolitischer Unterstützung.

In *prekärer Beschäftigung* sind diejenigen, die „nur geringe Arbeitsplatzsicherheit genießen, die wenig Einfluß auf die konkrete Ausgestaltung ihrer Arbeitssituation haben, die nur partiell im arbeitsrechtlichen Schutzbereich stehen und deren Chancen auf materielle Existenzsicherung durch Arbeit in der Regel schlecht sind“⁴¹. Dazu zählen die Niedriglohnempfänger und „Aufstocker“, von denen ein erheblicher Teil nur zwei Drittel des Durchschnittslohns verdienen⁴².

Das „verdeckte Prekariat“ befindet sich in *normaler Beschäftigung*. Es lebt „nicht luxuriös“ hat aber noch etwas zu verlieren, fürchtet einen Arbeitsplatz- und Statusverlust, was sich in einem übersteigerten Sicherheitsbedürfnis äußert⁴³. Das verdeckte Prekariat macht sich Sorgen um die Altersversorgung und darum, ob es seinen Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen kann⁴⁴. Absteigsängste dringen in diese Randlagen einer noch immer stabilen Mitte ein und werden durch aktuelle wirtschaftliche Probleme verstärkt. Die Zahl derjenigen, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen, ist seit dem Jahr 2000 um elf Prozentpunkte auf 26 Prozent (2006) gestiegen⁴⁵.

Grenzgänger in prekärer Beschäftigung

Waren die bisher genannten Milieus eher passive Opfer der Veränderungen, so verarbeiten die sogenannten „Grenzgänger“ in prekärer Beschäftigung ihre Probleme aktiv. Sie wollen „um jeden Preis“ arbeiten. Sie sind beständige Arbeitsmarktakteure, die sich längerfristig „durch das unwegsame Gelände von Minijobs, Praktika,

Leiharbeit, befristete Tätigkeit und staatliche Unterstützungsleistungen“ bewegen. Zu ihnen gehören „Hilfsarbeiter in Industrie und Handwerk, aber auch die zahlreichen schlecht bezahlten und rechtlich oft vogelfreien Frauenjobs im Reinigungs- und Gaststättengewerbe, im Supermarkt oder bei den Pflegediensten“⁴⁶.

Die „Jobnomaden“ unter den Grenzgängern springen von Job zu Job und wissen sich im Umgang mit Ämtern zu helfen. Zu ihnen gehören Hilfsarbeiter und Akademiker: Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitisch sind sie oft ein schwieriger Fall. Sie entziehen sich gern den amtlichen Beschäftigungsangeboten und lassen sich ungern therapeutisch und pädagogisch „bearbeiten“; oft hat man den Eindruck, daß sie am besten alleine zurechtkommen, obgleich sie oft darüber klagen, auf sich allein gestellt zu sein.

Zu den Grenzgängern gehören auch die „Pfadfinder“. Sie nutzen aktiv die verschlungenen Pfade der neuen Unübersichtlichkeit und verfolgen ihre Interessen mit Unterstützung der angebotenen Hilfen, wenn auch nicht immer in der vorgedachten Weise. Sie entwickeln sich zu Arbeitsmarktindividualisten.

Bei den genannten Verhaltensformen und Lebenskonzepten handelt sich um einen ersten, aber plausiblen Versuch, die sich aus einer andauernden Armutslage andeutenden Veränderungen zu benennen und zu systematisieren. Berthold Vogel führt diese Entwicklung unter anderem auf eine Arbeitsmarktpolitik zurück, die zu einer partiellen (nicht generellen) Aufweichung arbeitsrechtlicher Begrenzungen, zur Vervielfältigung von Beschäftigungs- und Statusformen und zu einer Aufgabe der Leitlinien geführt hat, die den Qualifikations- und Sozialstatus derer schützen, die ihre Arbeit verloren haben⁴⁸. Offen bleibt, ob die Politik mit diesen Maßnahmen nicht längst vollzogene Veränderungen lediglich nachvollzieht.

Folgewirkungen der Veränderungen für den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Stabilität sind wahrscheinlich. Gegenseitige Verantwortung und Beistand, von denen Integration und Lebensqualität abhängen, könnten Schaden nehmen, wenn die sozial- und gesellschaftspolitische Strategie besonders Selbstbehauptung, Marktfähigkeit und Durchsetzungsbereitschaft fördert⁴⁹. Eine „Politik der ‚fundamentalen Selbständigkeit‘, wie sie sich in der Abkehr vom staterhaltenen Wohlfahrtsstaat äußert“⁵⁰, kann die tragenden Werte in Frage stellen.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Lebenslagen in Deutschland. 3. Armuts- u. Reichtumsbericht der Bundesregierung (Berlin 2008): vgl. www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf (im weiteren Armutsbericht genannt; Seitenangaben im Text beziehen sich auf diesen Bericht).

² Vgl. L. F. Neumann u. K. Schaper, *Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland* (Frankfurt 2008) 78.

- ³ Vgl. H. Bude, *Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft* (München 2008) 14.
- ⁴ *Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* (Berlin 2005): vgl. www.bmas.de/coremedia/generator/892/property=pdf/lebenslagen_in_deutschland_de_821.pdf, 5.
- ⁵ Ebd. 5; vgl. A. Sen, *Ökonomie für den Menschen* (München 2002).
- ⁶ J. Schroeder, *Armutsbekämpfung u. Bildung*, in: *Kinderarmut u. Bildung*, hg. v. B. Herz u. a. (Wiesbaden 2008) 137.
- ⁷ 2. Armutsbericht (A. 4) 9.
- ⁸ H. Fassbender u. J. Kluge, *Perspektive Deutschland. Was die Deutschen wirklich wollen* (Berlin 2006) 19f.
- ⁹ *Weltentwicklungsbericht 2008: Agrarwirtschaft für Entwicklung*, hg. v. d. Weltbank (Bonn 2008) 53.
- ¹⁰ *Datenreport. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, hg. v. Statistischen Bundesamt (Bonn 2008) 165.
- ¹¹ Vgl. 2. Armutsbericht (A. 4) 12.
- ¹² Vgl. Bude (A. 3) 133. ¹³ Vgl. ebd.
- ¹⁴ R. Geißler, *Sozialstruktur u. gesellschaftlicher Wandel*, in: *Deutschland Trendbuch. Fakten u. Orientierung*, hg. v. K. R. Korte u. W. Weidenfeld (Bonn 2001) 106.
- ¹⁵ Bude (A. 3) 38.
- ¹⁶ Vgl. St. Leibfried u. a., *Zeit der Armut* (Frankfurt 1995).
- ¹⁷ *Datenreport* (A. 10) 623. ¹⁸ Ebd. 168f.
- ¹⁹ D. Engels, *Gestaltung von Politik u. Gesellschaft. Armut u. Reichtum an Teilhabechancen* (Köln 2007) 29; vgl. www.bmas.de/coremedia/generator/27424/property=pdf/a366_forschungsprojekt.pdf
- ²⁰ Vgl. K. Dörre, *Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*, in: *APuZ* 33–34 (2008) 3.
- ²¹ Vgl. P. Nolte, *Riskante Moderne* (München 2006) 134.
- ²² Vgl. Bude (A. 3) 44. ²³ Ebd. 11.
- ²⁴ Vgl. Nolte (A. 21) 8. ²⁵ Ebd. 16. ²⁶ Vgl. ebd. 12.
- ²⁷ Vgl. Bude (A. 3). ²⁸ Ebd. 51.
- ²⁹ Nolte (A. 21) 95f.
- ³⁰ Dörre (A. 20) 4.
- ³¹ Vgl. St. Hradil, *Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive*, in: *APuZ*, 44–45 (2006) 5.
- ³² Vgl. Bude (A. 3) 16.
- ³³ B. Vogel, *Prekarität u. Prekariat – Signalwörter neuer sozialer Ungleichheit*, in: *APuZ*, 33–34 (2008) 12–18.
- ³⁴ Dörre (A. 20) 4.
- ³⁵ P. Bescherer, S. Röbenack u. K. Schierhorn, *Nach Hartz IV: Erwerbsorientierung von Arbeitslosen*, in: *APuZ*, 33–34 (2008) 19.
- ³⁶ Vogel (A. 33) 14.
- ³⁷ Bude (A. 3) 10.
- ³⁸ Bescherer (A. 35) 21f.
- ³⁹ Vgl. Th. Paul, *Wohl dem, der sich der Schwachen annimmt* (Ps 41,2), in: *GuL* 81 (2008) 463
- ⁴⁰ Vogel (A. 33) 16. ⁴¹ Ebd. 13.
- ⁴² Vgl. Dörre (A. 20) 5.
- ⁴³ Ebd.
- ⁴⁴ Vgl. N. Burzan, *Die Absteiger: Angst u. Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft*, in: *APuZ*, 33–34 (2008) 7. ⁴⁵ Ebd. 11.
- ⁴⁶ Vogel (A. 33) 15. ⁴⁷ Ebd. 16. ⁴⁸ Ebd. 17. ⁴⁹ Vgl. ebd. ⁵⁰ Bescherer (A. 35) 24.